

2105

Stenographisches Protokoll.

189. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich.

Mittwoch, den 29. März 1933.

Inhalt.

Personalien: Abwesenheitsanzeigen (2105).

Dringliche Anfrage: Dfenböck, Bod, Finanzminister, wegen der Zollvalorisierung (2105) — Dfenböck (2105), Gaubenberger (2107), Bod (2108), Schattenfroh (2110) — Annahme des Antrages Bod, (2111).

Tatsächliche Berichtigung: Dr. Tzöbl (2111).

Ausschüsse: Wahl Brandeis als Ersatzmann des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsangelegenheiten an Stelle Weidenhillinger, Linder als Ersatzmann des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten an Stelle Prantl (2105).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Gafner, Schabes wegen der Herabsetzung der Zinsen von Pfanddarlehen (69/A);
2. Schattenfroh, betr. die Entschuldung der Landwirtschaft (70/A).

Anfrage: Schattenfroh, Bundeskanzler und Justizminister, betr. die Beschlagnahme eines wahrheitsgetreuen Berichtes über eine im Bundesrate gehaltene Rede (130/1).

Vorsitzenderstellvertreter **Emmerling** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Min. nachm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 28. März als genehmigt.

Entschuldigt sind Dr. Stumpf, Ing. Tanzmeister, Dr. Schneider, Klimann und Kiegler.

Vorsitzender: Der Herr Bundesminister für Finanzen teilt mit, daß er durch dringende Amtsgeschäfte verhindert ist, an der heutigen Sitzung des Bundesrates teilzunehmen. Er teilt weiter mit, daß er um eine schriftliche Übermittlung der an ihn gerichteten Anfrage ersucht; er wird sie schriftlich beantworten.

Ausschußmandate haben zurückgelegt: Weidenhillinger als Ersatzmann des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Prantl als Ersatzmann des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Bei der sofort vorgenommenen Ersatzwahl werden auf Grund der vereinbarten Wahlvorschläge gewählt: Brandeis als Ersatzmann des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Linder als Ersatzmann des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Vorsitzender: Es sind folgende Anträge eingebracht worden: Antrag des Bundesrates Schattenfroh und Parteigenossen, betr. die Entschuldung der Landwirtschaft;

Antrag der Bundesräte Gafner, Schabes u. Gen. wegen der Herabsetzung der Zinsen von Pfanddarlehen;

ferner eine Anfrage des Bundesrates Schattenfroh und Parteigenossen an den Bundeskanzler und den Bundesminister für Justiz, betr. die Beschlagnahme eines wahrheitsgetreuen Berichtes über eine im Bundesrat gehaltene Rede.

Ich werde diese Anträge und diese Anfrage, die genügend unterstützt sind, der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführen.

Es ist eine dringliche Anfrage der Bundesräte Dfenböck, Bod u. Gen. an den Bundesminister für Finanzen überreicht worden. Ich bitte um ihre Verlesung.

Schriftführer Dengler (liest): „Dringliche Anfrage der Bundesräte Dfenböck, Bod u. Gen. an den Bundesminister für Finanzen wegen der Zollvalorisierung.“

Die Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Entrichtung der Zölle bedeutet tatsächlich eine beträchtliche Erhöhung der Zollbelastung, die zu einer unerträglichen Belastung von Industrie, Gewerbe und Handel, vor allem auch zu einer unerträglichen Belastung des Haushaltes der breiten Massen führen muß.

Die Gefertigten richten daher an den Bundesminister für Finanzen die Frage:

Sind Sie bereit, anzuordnen, den Wirkamkeitsbeginn der Verordnung vom 25. März 1933, B. G. Bl. Nr. 82, betr. die Entrichtung der Zölle in Goldmünzen oder in anderen Zahlungsmitteln der Schillingwährung als Schillinggoldmünzen, so lange hinauszuschieben, bis die wirtschaftlichen Körperschaften gehört sind und ein Einvernehmen mit ihnen erzielt worden ist?“

Diese genügend unterstützte dringliche Anfrage wird sofort in Verhandlung gezogen.

Dfenböck: Hoher Bundesrat! Die Verordnung des Finanzministers über die Entrichtung der Zölle ist

178

ein neues Symptom einer schweren Erkrankung unserer Wirtschaft, vor allem aber unserer Währung; in der Form einer Durchführungsverordnung zum Zollgesetz wird eine schwere und wichtige Entscheidung über unsere Währung getroffen.

Die Verordnung ist auf Grund des Zollgesetzes vom Jahre 1920 erlassen; sie ordnet an, daß bei der Bezahlung der Zölle die Goldkrone nicht wie bisher mit 1.44 S, sondern mit 1.80 S zu verrechnen ist. Die bisherige Bewertung des Schillings entspricht den Bestimmungen des Schillingrechnungsgesetzes vom Jahre 1924, sie entspricht der gesetzlichen Währung. Wenn nunmehr für die Goldkrone 36 g mehr verrechnet werden als bisher, als der gesetzlichen Parität entspricht, so wird damit gesagt, daß der Finanzminister dem Schilling eine Entwertung von 25 Prozent zuschreibt.

Die Verordnung des Finanzministers geht über die auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes erlassene Goldklauselverordnung vom 23. März 1933 insofern hinaus, als nunmehr ausdrücklich eine Abwertung der Schillingnoten ausgesprochen wird. Das geschieht durch eine Verordnung auf Grund des Zollgesetzes. Jedermann weiß, daß vor wenigen Wochen noch die Regierung selbst der Meinung war, sie bedürfe zu solch weitgehenden und einschneidenden Verfügungen einer Ermächtigung durch ein Verfassungsgesetz, zu welchem Zwecke sie das sogenannte währungspolitische Ermächtigungsgesetz anstrebte.

Die Verordnung des Finanzministers beinhaltet eine zweite wichtige Feststellung: daß die Nationalbank die ihr durch Gesetz und Statut übertragene Aufgabe nicht erfüllt hat.

§ 2 des Gesetzes vom 24. Juli 1922 über die Errichtung einer Notenbank sagt ausdrücklich (*liest*): „Die Notenbank hat mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß bis zur gesetzlichen Regelung der Einlösung des Papiergeldes in Metall der Wert ihrer Noten, wie er im Kurs der Devisen auf Goldwährungsländer oder auf Länder mit wertbeständiger Währung zum Ausdruck kommt, mindestens keine Verschlechterung erfahre.“ Dieselbe Bestimmung ist auch in das Notenbankstatut aufgenommen worden.

Obwohl die im Notenbankgesetz ursprünglich enthaltene Sanktion: Verlust des Privilegs bei Nichterfüllung dieser Verpflichtung, später in Wegfall gekommen ist, unterliegt es keinem Zweifel, daß die Aufrechterhaltung der Währung die Hauptaufgabe der Nationalbank ist, deren Erfüllung allein die weitgehenden Privilegien rechtfertigt, deren sich die Bank erfreut.

Die Regierung hat offen zugegeben, daß Zweck der beiden Verordnungen auf dem Gebiete des Zollwesens, vor allem der ist, den Rückgang von Einnahmen wettzumachen; die sogenannte Zollvalorisierung stellt sich — erkennbar gerade aus der zweiten Verordnung über die Ermäßigung gewisser Zölle — als eine aus rein finanziellen Rücksichten erlassene Maßnahme dar, und eine solche hätte in Wirklichkeit nicht auf Grund des

Zollgesetzes erlassen werden, für die das Zollgesetz keine genügende Grundlage bietet.

Zu dieser Verordnung wird amtlich unter anderem mitgeteilt (*liest*): „Durch dieses Verhältnis wird die Wirkung der Zölle, einen Schutz gegen den ausländischen Wettbewerb zu bilden, wieder in dem vom Zolllarif beabsichtigten Umfang gewahrt. Daß die staatsfinanziellen Auswirkungen der Verordnung infolge der Sicherung höherer Zolleingänge mit dazu beitragen werden, das Gleichgewicht im Staatshaushalte zu sichern, ist selbstverständlich.“ Ich gratuliere der Regierung zu dieser Zuversicht zu ihrer Verordnung, wenn sie dies als selbstverständlich betrachtet!

Die Geldentwertung hat alle Löhne und Gehalte gesenkt; zu dem Abbau der Löhne und Gehalte, wie er durch Lohn- und Gehaltsreduzierungen auf vertraglichem und auf gesetzlichem Wege vorgenommen wurde, ist nun ein weiterer Abbau gekommen. Die Reallohne der österreichischen Arbeiter und Angestellten werden neuerlich empfindlich gesenkt.

Durch die Verordnung über die Entrichtung der Zölle wird dafür gesorgt, daß jedermann in den Kosten seiner Lebenshaltung zu spüren bekommt, wie die Währung gesunken ist, wie sehr die Nationalbank ihre Pflicht schon seit zwei Jahren vernachlässigt hat.

Die Verordnungen sind ein Symptom und eine Folge der verfehlten Handels- und Wirtschaftspolitik. Durch die Handhabung der Devisenwirtschaft und durch das System der Einfuhrverbote ist unser Außenhandel und unsere Produktion auf das empfindlichste gestört worden; Zweck der Verordnung soll es sein, die steuerlichen Auswirkungen dieses Zusammenbruches durch Erhöhung der Zollbelastung zu paralysieren. Die Politik, von einer eingeschrumpften Produktion und einem eingeschrumpften Handel dieselben Zolleinkünfte zu erzielen wie von einer blühenden Industrie und einem blühenden Handel, muß wegen der damit verbundenen unerträglichen Übersteuerung zu einer weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise und damit zu einer weiteren Einschränkung des Außenhandels führen. Die Maßnahme wird daher auch staatsfinanziell den erwarteten Erfolg nicht erzielen.

Hohes Haus! Ich glaube, es ist tief bedauerlich, daß die Regierung in der letzten Zeit dem Bundesrat gegenüber sich die Praxis zurechtgelegt hat, vor diesem Hause überhaupt nicht zu erscheinen. Wir können uns ja schon vorstellen, daß es den Herren in der Regierung, die sich herausgenommen haben, das Parlament lahmzulegen, indem sie sich jedem Versuch, das Parlament arbeitsfähig zu machen, entziehen, sehr unangenehm ist, hier vor diesem Forum Rede und Antwort zu stehen, das die Mehrheit der Bevölkerung vertritt. (*Lebhafter Beifall links*.) Ich bedauere, daß speziell der Herr Finanzminister sich seiner Pflicht, hier zu erscheinen, durch ein allerdings sehr höfliches Briefchen entzogen hat. Wir hoffen aber, daß es in Bälde gelingen wird, der Regierung klarzumachen, daß die zuständige Stelle,

vor der sie sich zu verantworten hat, das Parlament ist, sowohl der Nationalrat wie der Bundesrat. (*Lebhafter Beifall links. — Dengler: Der Ersatznationalrat!*) Was heißt Ersatznationalrat? Sie haben, Herr Abg. Dengler, neulich einmal das Wort gebraucht: Die Regierung pfeift auf uns. Nun, ich weiß nicht, wie Sie das Verhältnis zur Regierung auffassen; es ist sehr schön, wie demokratisch Sie veranlagt sind. Wir aber lassen auf uns nicht pfeifen, sondern die Regierung wird Rede und Antwort stehen, sie wird sich nicht der Mehrheit der Bevölkerung entziehen, indem sie einfach davonläuft und nicht vor dieses Forum kommt. Wenn ich diesen Standpunkt hier klarlege und diese Worte unterstreiche, dann bitte ich den von mir gestellten Antrag auch als Protest gegen diese Regierung anzunehmen. (*Lebhafter Beifall links.*)

Saubenberger: Werte Frauen und Herren! Die Schutzzollpolitik, so heiß sie auch umkämpft und umstritten werden mag, stellt sich angesichts der Tatsache, daß die moderne Gütererzeugung vollständig in den Bahnen der internationalen Weltwirtschaftspolitik segelt, daher die Erfordernisse der nationalen Bedarfswirtschaft und der nationalen Bedarfsdeckung seit Jahren ganz außer acht gelassen hat, als eine immer dringender gewordene Maßnahme dar. Die Zollpolitik aller Nachbarstaaten um unser kleines Österreich herum bestätigt gerade diese Feststellung in jeder Beziehung. Was nützt es, daß die Sozialdemokraten zum Beispiel in Österreich gegen die Schutzzollpolitik wettern, wenn die Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei die Schutzzollpolitik der anderen Parteien in der Regierung 100prozentig mitmachen, weil ihnen das tschechische Herz näher ist als die Parteidoctrin? Was nützt es, daß die Spitzen der sozialdemokratischen Partei ausgesprochene Freihändler sind, wenn ihre Parteianhänger unter dem Druck der bestehenden Verhältnisse, speziell die gewerkschaftlich organisierten, mittlerweile Schutzzöllner geworden sind? Die Gewerkschaft der Glasarbeiter zum Beispiel, eine Organisation, die der Linken des Hauses durchaus nahesteht, betreibt seit Monaten die Erlassung eines Schutzzolls auf ausländische Glaswaren, damit die inländische Glasindustrie mehr beschäftigt wird und die arbeitslosen Glasarbeiter wieder Arbeit finden — ein durchaus vernünftiger Gedanke, denn es ist wirklich nicht einzusehen, daß Österreich um rund 7 Millionen Schilling Glaswaren einführt, während rund 600 österreichische Glasarbeiter — und hier dreht es sich um qualifizierte Arbeiter — in der Glasindustrie beschäftigungslos sind, obwohl die eingeführten Glaswaren auch von der heimischen Glasindustrie ohne besonderen Investitionsaufwand erzeugt werden könnten. Ähnliche Verhältnisse finden wir auch bei anderen Industriegruppen. Schutzzölle dort, wo die heimische Bedarfsdeckung 100prozentig ist, sind auch in der gegenwärtigen Krisenzeit durchaus gerechtfertigt.

Zollerhöhungen aber, wie sie in der vorliegenden Verordnung des Finanzministers aufscheinen, auf lebenswichtige Bedarfsartikel, für welche die Inlanderzeugung nicht 100prozentig aufkommen kann, sind in der gegenwärtigen Krisenlage zweifellos ein überaus bedenkliches Moment. Durch eine solche Maßnahme wird die gegenwärtige schon unerhörte Spannung zwischen Einkommen und Lebensbedarf ins Unerträgliche gesteigert. Die lineare 25prozentige Zollerhöhung erschwert die Lebenshaltung der ganzen werktätigen Bevölkerung und ganz besonders die Lebenshaltung der Arbeitslosen in der bedenklichsten Weise, ein Umstand, der angesichts der schon sehr tief herabgesunkenen Lebenshaltung die schwersten Folgen für die gesamte Wirtschaft in unserem Staate, aber auch für die Lebenshaltung jedes einzelnen Volksgenossen haben kann, ein Zustand, für den vielleicht niemand in Österreich die Verantwortung übernehmen kann, am allerwenigsten eine Regierung, die, wie die Wahlen in Zwentl und Gmünd ganz eindeutig gezeigt haben, nicht einmal 30 Prozent der Bevölkerung hinter sich hat. Die Zollverordnung stellt nach den Communiqués, die darüber erschienen sind, eine rein fiskalische Maßnahme dar, ist aber in Wirklichkeit ein Schlag ins Wasser, da das Plus der Zollerhöhung durch das eintretende Minus bei den Steuereingängen als Folge der hohen Zölle sicherlich vollkommen aufgewogen werden wird. Wenn aber die Regierung die Zollvalorisierung etwa auch deshalb durchführt, um für kommende Handelsvertragsverhandlungen sogenannte Kompensationsobjekte in der Hand zu haben, dann glaube ich, daß diese Absicht einer sehr naiven Auffassung entsprungen ist, denn ehe es zu solchen Handelsvertragsverhandlungen kommt, die meist nach gründlichen, langatmigen Vorbereitungen am grünen Tisch durchgeführt werden, werden die Nachbarstaaten durch die gleiche Aktion einer Zollerhöhung gerade dieses Kompensationsobjekt der österreichischen Handelspolitik bereits wieder unschädlich gemacht haben. Genau so wie alle bisher notverordneten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, wie die Gewerbenovelle, die Bankkredithilfe, der Anschlag auf die Dienstrechte der Bankangestellten und der Eisenbahner und vieles andere, ist auch diese Verordnung über die Zollvalorisierung nichts anderes als eine groß angelegte Täuschung des Volkes, denn alle diese Maßnahmen werden keinen einzigen Arbeitslosen eine Arbeit bringen, tilgen keinen einzigen Schilling unserer unerhört großen Auslandsschuld und tragen nicht im mindesten dazu bei, unsere Wirtschaft, wie das in der letzten Zeit immer heißt, wieder anzufurbeln. Sie sind der Ausfluß einer geradezu lächerlich zu nennenden Vogel-Strauß-Politik, das Ergebnis der mehr als naiven Auffassung, daß man mit Kraftmeiertum, mit gedankenlosen Radiovorträgen und anderem mehr einer Entwicklung Einhalt gebieten könnte, die wie eine Schneelawine anwächst. (*Zwischenrufe rechts.*) Oder will vielleicht die österreichische Regierung die großen österreichischen Papierjuden

besonders schützen? Deutschlands Einfuhr an Papier, Papierwaren und Pappe betrug im Jänner 1932 zwei Drittel der Gesamteinfuhr in unser Land. Durch die Zollerhöhung werden die Juden von der Stehtermühl gegenüber der reichsdeutschen Erzeugung konkurrenzfähiger, das heißt mit anderen Worten: die österreichische Regierung bläst in dasselbe Horn wie die englischen und amerikanischen Juden, die einen Weltboykott gegen deutsche Waren in Szene setzen wollen. Die Bauern, die angeblich in Dollfuß so eine Art Halbgott sehen, während sie in Wirklichkeit am laufenden Band zur nationalsozialistischen Bewegung übertreten (*Widerspruch und Zwischenrufe rechts*) — jawohl, überzeugen Sie sich nur selbst!

Wenn diese Zollverordnung ganz besonders von der christlichsozialen Partei begrüßt wird, werden sie euch das ganz besonders danken. Sie dürfen zum Dank für ihre besondere Anhänglichkeit an den sogenannten Bauernkanzler Dollfuß den in Österreich so notwendigen Kunstdünger in der Zukunft um 25 Prozent zollerhöht teurer bezahlen. Das ist wiederum ein Produkt, das zu zwei Dritteln aus Deutschland nach Österreich eingeführt wird.

Diese Zollverordnung ist auch ein schlechter Dank für das sogenannte „Rückgrat“ dieser sogenannten Autoritätsregierung, für den Fürsten Starhemberg. Denn durch die Zollerhöhung für italienisches Gemüse, dessen Einfuhr im Jänner 1933 fast zwei Drittel der gesamten Einfuhr dieser Post ausmachte, wird die Virensubvention, die der Herr Fürst von Rom bekommen hat, schlecht honoriert, da durch die 25prozentige Zollerhöhung für das italienische Gemüse diese Ware in Österreich zu teuer kommt, daher wahrscheinlich in Anbetracht des gesunkenen Lebensstandards keinen Absatz finden wird.

Durch diese Zollerhöhung werden die lebenswichtigsten Bedarfsartikel betroffen. Das ist eine Feststellung, die nicht genug unterstrichen werden kann. Sie löst eine neue Teuerungswelle aus, weil der Handel erfahrungsgemäß den höheren Zoll auf die Konsumenten überwälzt. Fleisch, Gemüse, Mehl, Reis usw. werden eine Preissteigerung erfahren und dadurch wird ein Konsumrückgang ausgelöst werden, der das gesamte Wirtschaftsleben neuerdings bedeutend verschärfen wird.

Daher ist aber auch der sogenannte fiskalische Erfolg dieser Zollvalorisierung sehr in Frage gestellt. Die Herabsetzung des Zolls für ausländischen Weizen und Roggen erfolgt angeblich zur Wahrung der Kontinuität der Preisverhältnisse. Nach dem Bericht der Börse für landwirtschaftliche Produkte vom 27. März l. J. notierte Inlandweizen bis zu 36 S, ungarischer Weizen bis 24-37 S plus Transportkosten ab Heggheshalom, Roggen aus dem Inland bis 26-25 S, Roggen aus Ungarn aber bis 26-75 S. Wenn man sich diese Zahlen durch den Kopf gehen läßt, beweisen sie, daß die Kontinuität der Preisverhältnisse nicht von der landwirtschaftlichen Marktlage gefährdet wird, sondern viel

eher durch die Erzeugung der Mahlprodukte, am allermeisten aber durch die Zwischenhändler, die mit Mahlprodukten und sonstigen landwirtschaftlichen Produkten handeln.

Mit dieser Zollherabsetzung ist daher weder unserer Landwirtschaft noch den breiten Massen der Konsumenten gedient, weil der Weg der Produkte vom Erzeuger bis zum Verbraucher der gleich lange geblieben ist. Eines aber kann eintreten: Es kann durch die begünstigte Einfuhr aus Ungarn geschehen, daß die Lagerbestände an inländischem Weizen und Roggen von der Ernte aus dem Jahre 1932 unverkauft liegenbleiben und die heimische Landwirtschaft allein die Kosten dieser Zollvalorisierung zu tragen haben wird.

Diese wenigen Beispiele zeigen auf, daß die gegenständlichen Maßnahmen der Regierung nur ganz einseitigen und wirtschaftsfremden Beweggründen entspringen sind. Das Wohl der Gesamtheit des werktätigen Volkes und die Not und das Elend von hunderttausenden Arbeitslosen wurden ganz und gar unberücksichtigt gelassen. Wir haben daher keinen Grund, diese Aktion als eine Erleichterung der Lage des schwergeprüften werktätigen Volkes und der Arbeitslosen anzusehen. Diese Maßnahmen, die das nackte Leben vieler tausender Volksgenossen weiter erschweren und vielfach sogar ernstlich gefährden, sind, was die Absicht anbelangt, der Wirtschaft zu helfen, wie alle anderen Maßnahmen in dieser Richtung, nichts als ein Schlag ins Wasser.

Eine wirklich fühlbare Entspannung der Lage und der allgemeinen Krise kann nur dann eintreten, wenn mit dem bisher gehandhabten System einer ohnehin schon vollständig abgewirtschafteten Wirtschaftspolitik gänzlich gebrochen wird, wenn Wege gegangen werden, die nicht immer wieder versuchen, dem bankrott gewordenen liberalistisch-kapitalistischen System neue Impulse zu geben, sondern wenn eine Wirtschaftspolitik in die Wege geleitet wird, die restlos auf das Wohl der heimischen Bevölkerung eingestellt ist, bei Ausschaltung aller ausländischen und internationalen Drahtzieher. (*Beifall bei den Parteigenossen.*)

Frau Bod: Hoher Bundesrat! Es scheint das Wort in Erfüllung zu gehen, daß dem Österreicher nichts erspart bleibt. Wir haben in der letzten Zeit schon so viele Aufregungen gehabt, die uns als Staatsbürger getroffen haben, als Männer und Frauen, die sehen mußten, daß die demokratischen Einrichtungen unseres Staates bedroht sind. Wir haben gesehen, daß die Arbeitslosen unruhig geworden sind, weil sie der Meinung sind, daß die Milderungen der Richtlinien ablaufen. Gestern ist nun wieder eine Alarmnachricht durch die Presse gegangen, durch die die Frauen neuerlich in Aufregung versetzt werden, und zwar die Frauen als Hausfrauen, als Konsumenten, als die Führerinnen der Hunderttausende von Haushalten, die wir in Österreich haben. Die Nachricht, daß die Regierung die

Bölle hinaufgesetzt hat und daß ihr Ertrag aus fiskalischen Gründen um 50 Millionen gesteigert werden soll, hat wirklich unter den Frauen eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Wenn wir jetzt allerorten Unruhen, Tumulte bei den Arbeitslosen und auch sonst überall sehen, so braucht man wohl kein Prophet zu sein, um vorherzusagen, was sich nun bei den einkaufenden Frauen auf den Märkten abspielen wird. Das ist wohl ganz selbstverständlich, wenn man in den Kalkül zieht, daß die eingetretene Erhöhung wirklich eine Belastung ist, die man nicht so auffassen kann, wie das verschiedene Faktoren getan haben, als sie sich mit der Materie noch nicht befaßt hatten und meinten, daß die Erhöhung schon tragbar sei und daß die Belastung für den einzelnen nicht so sehr ins Gewicht falle.

Wenn wir einmal untersuchen, wie hoch die Belastung des einzelnen Haushaltes schon bei dem jetzt in Geltung gestandenen Gesetz gewesen ist, und auf Grund genauester Berechnungen uns dessen bewußt werden, daß jedem Staatsbürger im Jahr 40 S als Tribut an die Staatskasse durch die Bölle auferlegt sind, wenn wir uns weiter an das erinnern, was gestern Herr Bundesrat Klein hier erwähnt hat, daß nämlich die Belastung der Staatsbürger durch die Zahlungen für die Auslandsschulden im Jahr pro Kopf zwei Wochenunterstützungen der Arbeitslosen ausmacht, dann müssen wir sagen, daß eine neue Erhöhung der Zollsätze doch wohl eine schwere Belastung darstellt. Wenn die Zollsätze, die jetzt für Mehl 27 g betragen haben, wieder um 1.8 g in die Höhe gehen, wenn bei Schweinesett zu der jetzigen Zollbelastung von 60 g wieder 1.8 g dazukommen, können wir uns bei dem Jahresumsatz der Familien die Höhe dieser Belastung ausrechnen. Es ist auch nicht richtig, daß sich der Kaffeegoll, wie die Zeitungen geschrieben haben, vermindert hat. Durch die Angleichung an den Goldwert, durch die Erhöhung des Schilling von 1.44 S auf 1.80 S wird natürlich auch der Kaffeegoll erhöht, und zwar bei 1 Kilogramm um 10 g.

Das sind die nach ganz zuverlässigen Quellen berechneten Zahlen. Wenn wir nun den Verbrauch an Lebensmitteln in den einzelnen Haushalten betrachten, so sehen wir, daß die breiten Massen ganz allein diese Erhöhung zu tragen haben werden. Vor einiger Zeit ging durch die Wiener Presse die Nachricht, daß sich der Lebensmittelverbrauch in Wien pro Kopf und Jahr um 37 Prozent verringert hat. Im Jahre 1932 wurden in Wien täglich um 16.000 Kilogramm Brot weniger verbraucht, es sind 117.000 Kinder weniger konsumiert und 141.000 Schweine weniger aufgetrieben worden. Der Obstkonsum ist um 37 Prozent, der Eierverbrauch um 12 Prozent gesunken. Durchgerechnet beträgt die Verringerung der Quote an Lebensmitteln bei der Wiener Bevölkerung also 37 Prozent. Nun kann man nicht annehmen, daß die Wiener Bevölkerung bis zum Jahre 1932 im Überfluß gelebt hätte (*Rufe links:*

So ist es!) und daß einfach die bessere Einsicht dazu gezwungen hätte, weniger zu konsumieren.

Sehen wir uns einmal an, wie jetzt der Gesundheitszustand der breiten Massen beschaffen ist. Wir haben schon voriges Jahr, als wir hier gegen die Zollerhöhungen Stellung nahmen und den hohen Bundesrat ersuchten, gegen das vom Nationalrat erhobene Gesetz Einspruch zu erheben, auf den Gesundheitszustand der Nachkommenschaft der jetzigen Bevölkerung aufmerksam gemacht. Bei einer Untersuchung von Kindern ist eine so trasse Verelendung zutage getreten, daß in Wien nicht etwa in den Proletarierbezirken, sondern in den bürgerlichen Bezirken 46 Prozent aller unterjuchten Kinder unterernährt waren und daß in den Proletarierbezirken diese Zahl auf 57 Prozent gestiegen ist. Die Untersuchung in den Provinzgemeinden hat ergeben, daß das günstigste Verhältnis 60 Prozent unterernährte und gesundheitlich stark gefährdete Kinder sind. In den Glendbezirken aber, wo die Industrie schon jahrelang daniederliegt und die dortigen Bewohner gar keine Möglichkeit haben, wieder in Arbeit und Verdienst zu kommen, wo die Arbeitslosen- und die Notstandsunterstützung schon jahrelang für die Ernährung der Familie ausreichen muß, wurde das schauerhafte Resultat gefunden, daß 83 Prozent aller Kinder unterernährt und gesundheitlich gefährdet sind. Wenn wir einen solchen Zustand der Volksgeundheit haben, dann ist es klar, daß der Rückgang des Konsums im Jahre 1932 nicht dem Umstande zuzuschreiben ist, daß die Leute weniger essen und enthaltamer sein wollten, sondern weil sie eben die schreiende Not unseres Volkes zu diesem Konsumrückgang zwang. (*Rufe links: Sehr richtig!*)

Wenn nun die breiten Massen des Volkes die errechneten 50 Millionen Schilling den Finanzen des Bundes hereinbringen sollen, dann müssen wir uns auch einmal näher anschauen, was für Arten von Lebensmitteln im Volke eigentlich verzehrt werden. Da sehen wir, daß die Preise der Arbeiter und kleinen Angestellten in einem weit höheren Maße billigere Lebensmittel konsumieren als die Familien der Festangestellten, gar nicht zu reden von dem Konsum der Kreise der Bessersituierten. Wovon nährt sich also die Bevölkerung? Wir haben auf Grund einer genauest geprüften Umfrage festgestellt, daß in den Familien der Arbeiter ein Butterverbrauch im Jahr von 17.9 Kilogramm ist, in den Familien der Angestellten von 32.5 Kilogramm und in den Beamtenfamilien von 36 Kilogramm, also eine Schwankung von 17 bis 36 Kilogramm im Jahre. Auch beim Verbrauch von Fett und Öl zeigt sich diese Schwankung. Der Verbrauch von Pflanzenfett und Rindsfett beträgt in den Arbeiterfamilien 55 Kilogramm im Jahr, bei den Angestellten 37 Kilogramm und bei den Beamten 40 Kilogramm. Die Surrogate müssen also herhalten, was allein schon die Unterernährung begründet. Nun soll auch das Brot verteuert werden. Die bürgerlichen Zeitungen hoffen, daß die Erhöhung

der Zölle doch nicht so stark sein werde, daß eine Brotverfeuerung notwendig würde. Der Brotkonsum betrug in den Arbeiterfamilien 376 Kilogramm im Jahr, bei den Angestellten 316 Kilogramm und bei den Beamtenfamilien 356 Kilogramm. Der Verbrauch an Kartoffeln, also die Volksnahrung, betrug in den Arbeiterfamilien 507 Kilogramm im Jahre, in den Familien der Angestellten 423 Kilogramm und in den Beamtenfamilien 418 Kilogramm. Was den Obstverbrauch betrifft, so wird in der Arbeiterfamilie natürlich das billige einheimische Obst und vor allem das, das schon auf den großen Umschlagplätzen ausortiert wurde, verzehrt. Der Obstverbrauch beträgt bei den Arbeiterfamilien 96 Kilogramm im Jahr, bei den Angestellten 123 und bei den Beamten 147 Kilogramm. Diese Zahlen geben eindeutig kund, daß diese Erhöhung der Zölle um 50 Millionen zum allergrößten Teil auf die Schultern der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte gelegt ist.

Wenn wir uns die Budgets dieser einzelnen Kategorien zergliedern, dann kommen wir auch zu einer sehr interessanten Feststellung. Der Arbeiter gibt von seinem Jahreslohn 45,3 Prozent für Lebensmittel aus, der Angestellte 34,5 Prozent, der Beamte 33,2 Prozent. Der Arbeiter hat die höchste Quote, sein Einkommen ist also so karg bemessen, daß trotz dem geringen Einheitsdurchschnitt des Arbeiterhaushaltes die größte Quote seines Lohnes auf Lebensmittel aufgeht und für Wohnung und Kulturbedürfnisse bei ihm am allerwenigsten übrigbleibt. Man kann natürlich aus diesen Zahlen nicht folgern, die anderen essen etwa weniger und haben infolgedessen mehr für Kulturbedürfnisse übrig. Denn wenn wir die Zahlen der Einheiten des gesamten Verbrauches an Nahrungsmitteln von den geistigen Getränken bis zu den Kartoffeln berechnen, dann kommen auf den Arbeiterhaushalt jährlich 32 Einheiten, auf die Angestelltenfamilie 52 und auf die Beamtenfamilie 59 Einheiten. Die Mitglieder der Arbeiterfamilien verzehren also das geringste Ausmaß an Lebensmitteln, müssen aber dafür die höchste Einkommenquote unter den drei genannten Kategorien bezahlen.

In der gestrigen Debatte haben alle Redner, die Redner meiner Partei, der Redner der christlichsozialen Partei, die kargliche Bemessung der Arbeitslosenfürsorge aufgezeigt und die Ausichtslosigkeit, in einzelnen Fällen die Arbeitslosenunterstützung überhaupt zu erhalten. Und von diesem Kargen wird wiederum für fiskalische Zwecke des Bundes genommen! (Sehr richtig! links.) Gibt es denn gar keine anderen Möglichkeiten für Staatseinnahmen als immer und immer wieder nur die Belastung der breiten Massen? Als es gestern darum ging, die Interessen der Arbeitslosen zu wahren, hat der Bundesrat sich einstimmig dafür ausgesprochen, daß die Linderung der Richtlinien erhalten bleibe. Wir möchten dem Wunsche Ausdruck geben, daß baldigst auch der Nationalrat dazukomme,

einstimmig Anträge zu beschließen. Dazu wäre die Möglichkeit gegeben, wenn er einberufen würde und wenn die Regierung, anstatt einen Antrag auf Erhöhung der Zölle einzubringen, den von der sozialdemokratischen Fraktion im vorigen Jahre gelegentlich der Beratung über die Erhöhung der Zölle gestellten Antrag zur Annahme empfehlen würde, der dahin gegangen ist, nicht die Zölle zu erhöhen, sondern die Einkommensteuer bei Einkommen über 12.000 S zu erhöhen, eine Vermögensabgabe von einem Vermögen über 14.400 S einzuführen und eine Erhöhung der Vermögenssteuer vorzunehmen. Wenn es der Regierung darum zu tun ist, auch im Nationalrat einstimmige Beschlüsse herbeizuführen, dann soll sie die Anträge der Sozialdemokraten von damals aufgreifen, und wir würden dann, würdig des Beispiels des Bundesrates, auch einen einstimmigen Beschluß des Nationalrates haben, nicht die Zölle zu erhöhen, nicht die breiten Massen zu belasten, sondern die Erhöhung auf tragfähigere Schultern zu legen. Deshalb müssen wir bei der Beratung dieser Angelegenheit die Forderung stellen, den Nationalrat einzuberufen, damit er die nötigen Beschlüsse in dieser Hinsicht fassen kann.

Ich erlaube mir, folgenden Antrag zu stellen (liest):

„Der Bundesrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, den Wirksamkeitsbeginn der Verordnung vom 25. März 1933, B. G. Bl. Nr. 82, betr. die Entrichtung der Zölle in Goldmünzen oder in anderen Zahlungsmitteln der Schillingwährung als Schillinggoldmünzen, so lange hinauszuschieben, bis mit den wirtschaftlichen Körperchaften ein Einvernehmen erzielt worden ist.“

Ich bitte den hohen Bundesrat, so wie gestern den Antrag für die Arbeitslosen auch diesen Antrag einstimmig anzunehmen. (Beifall links.)

Schattenfroh: Diese Zollnotverordnung ist nur ein neues Glied in der Kette von Rechts- und Verfassungsbrüchen, wie sie in der letzten Zeit von unserer Regierung begangen werden. Wir mußten heute eine Anfrage einbringen wegen eines neuerlichen unverschämten Rechts- und Verfassungsbruches, der darin bestand hat, daß man einfach eine Zeitung beschlagnahmte, weil sie die Rede abgedruckt hat, die ich gestern hier im Bundesrat gehalten habe. Wir haben daher folgende Anfrage eingebracht (liest): „In der Sitzung des Bundesrates ...“

Vorsitzender: Herr Bundesrat, die Anfrage ist schon eingebracht. Es erübrigt sich die Verlesung.

Schattenfroh: Nach Artikel 33, beziehungsweise 37 des Bundes-Verfassungsgesetzes vom 1. Oktober 1920 in seiner gegenwärtigen Fassung sind wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen im Bundesrate immun, und es ist daher vollkommen unstatthaft, Zeitungen zu beschlagnahmen, wenn sie solche immu-

nierte Reden oder Vorträge in parlamentarischen Körperschaften gebracht haben. Ich habe heute gleich nach der Beschlagnahme unseres Blattes mit einem hohen Funktionär der Justiz Rücksprache gepflogen, und dieser hohe Funktionär hat mir seinen Abscheu über die Praxi, über diese rechts- und verfassungs- brecherische Praxi, wie sie in den letzten Wochen von der Regierung geübt wird, zum Ausdruck gebracht. Er hat mir auch zum Ausdruck gebracht, daß bereits alle Beamten und überhaupt jeder rechtschaffene Mann in diesem Staate kein Vertrauen mehr zu dem Staate hat, der von einer solchen Regierung repräsentiert wird.

Ermern wir uns nur an den Quatsch und die rabulistischen Drehz, die der Herr Justizminister hier in der vorletzten Sitzung des Bundesrates gebraucht hat. (Dr. Tzöbl: Nehmen Sie sich ein bißchen ein Blatt vor den Mund! Das ist keine Art, von einem Minister zu reden! — Stürmische Zwischenrufe rechts.) Jawohl, das ist keine Art von einem Minister, so zu reden, wie das in der vorletzten Sitzung geschehen ist. (Stürmische Zwischenrufe rechts.) Ich stelle fest, daß, wenn man hier auch durch die Zollnotverordnungen oder ... (Andauernde, lärmende Zwischenrufe. — Rufe: Zur Ordnung!)

Vorsitzender: Herr Bundesrat Schattenfroh, ich rufe Sie zur Ordnung!

Schattenfroh: Ich stelle nur fest ... (Dengler: Wenn man schon von einem Quatsch redet, so ist das hier ein Quatsch!) Wenn man hier Recht und Verfassung brechen will, dann soll man wenigstens den Mut haben, das offen zu sagen und sich nicht feige hinter falsche Paragraphen verkriechen. (Dr. Tzöbl, der zur Ministerbank voreilt und mit der Faust auf die Ministerbank schlägt: Das dulden wir nicht, das sind Gemeinheiten, der Vorsitzende soll eingreifen! So darf man hier nicht reden! — Andauernder Lärm.) Es tut mir leid, daß der Herr Justizminister nicht hier sitzt, ich hätte ihn mir sonst herausgefangen und hätte ihm so geantwortet... (Stürmische Zwischenrufe.)

Vorsitzender: Herr Bundesrat Schattenfroh, ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung. (Dr. Tzöbl, abermals auf die Ministerbank schlagend: Wir dulden nicht mehr, daß die Regierung hier beschimpft wird!) Wollen Sie mir die Führung der Geschäfte überlassen! Ich rufe Sie, Herr Bundesrat Schattenfroh, neuerlich zur Ordnung und mache Sie aufmerksam, daß Sie zur Tagesordnung zu sprechen haben!

Schattenfroh: Es tut mir leid, daß der Herr Justizminister nicht da ist. Ich hätte ihn mir gern von seinem Platz herausgeholt und ihm auf seine Lausbereien so geantwortet, wie er es verdient. (Entrüstungsrufe rechts und großer Lärm.)

Vorsitzender: Ich entziehe Ihnen das Wort! (Dr. Tzöbl, von der Ministerbank zur Rednertribüne voreilend und auf das Pult schlagend: Sie gemeiner Kerl! Einen Mann, der nicht da ist, so zu beschimpfen! — Schattenfroh: Warum ist er nicht da? — Neuerliche, stürmische Entrüstungsrufe rechts und großer Lärm.) Ich bitte um Ruhe! (Zwischen dem Bundesrat Schattenfroh, der die Rednertribüne verlassen hat, und mehreren Bundesräten der Rechten entspinnt sich ein erregter Wortwechsel. — Großer Lärm. — Die Parteigenossen des Bundesrates Schattenfroh, die unterdessen nach vorne geeilt waren, nehmen mit heftigen Zurufen an dem entstandenen Wortwechsel teil. — Anhaltender, großer Lärm.)

Herr Bundesrat Schattenfroh, ich bitte um Ruhe! Ich muß dringend bitten, in Zukunft derartige unqualifizierbare Äußerungen und Redensarten zu unterlassen. Es ist die einzige parlamentarische Tribüne, die wir in diesem Staate haben. (Lebhafter Beifall.) Ich muß sagen, es spricht für die Schwäche Ihrer Argumentation, wenn Sie glauben, mit solchen Gewaltausdrücken hier in diesem Saale sich Überzeugung verschaffen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist die Aussprache über die dringliche Anfrage beendet und es wird zur Abstimmung über den Antrag Bod (S. 2110) geschritten.

Der Antrag Bod wird angenommen.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung erhält Dr. Tzöbl das Wort.

Dr. Tzöbl: Hoher Bundesrat! Im Verlaufe der gestrigen Debatte wurde vom Herrn Bundesrat General Körner eine Bemerkung über den Frontdienst unseres Herrn Bundeskanzlers Dr. Dollfuß gemacht. Diese Bemerkung wird in einer Zuschrift des Kommandanten des Heeresabschnittes, dem der Herr Bundeskanzler damals zugeteilt war, in folgender Weise berichtigt (liest):

„Wir unterzeichneten Offiziere des ehemaligen Kaiserjägerregimentes Bozen Nr. 2 ersuchen Euer Hochwohlgeboren, folgende Richtigstellung zur gestrigen Rede des Herrn Bundesrates Körner zu Beginn der heutigen Sitzung zur Vorlesung bringen zu wollen:

Der uns wohlbekannte ehemalige Leutnant Gustav Ruprian unseres Regimentes war ein eben erst aktivierter Leutnant zu einer Zeit, als der jetzige Bundeskanzler Dr. Dollfuß schon längst die Oberleutnantcharge innehatte. Im Schematismus der Jahre 1916 und 1917 kommt der Name Ruprian überhaupt nicht vor; Ruprian erhielt als Leutnant den infolge seiner Aktivierung um zwei Jahre vordatierten Rang vom 1. November 1916. Der Rang des Leutnants i. d. R. Dr. Dollfuß ist vom 1. Jänner 1916.

2112 189. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich am 29. März 1933.

Es ist also ganz und gar ausgeschlossen, daß Ruprian jemals ein Höherer oder Vorgesetzter des Herrn Dr. Dollfuß hätte sein können, der übrigens als Unterabteilungskommandant (Kommandant der Maschinengewehrabteilung I/II) eine ganz selbständige Stellung innehatte und direkt dem Bataillonskommando unterstanden ist.

Im übrigen sind wir der Ansicht, daß ein Vergleich der militärischen Tätigkeit des vorzüglichen und altbewährten, durch fast vier Jahre im Felde gestandenen Dr. Dollfuß mit dem erst im Spätherbst 1917 oder Anfang 1918 zum Regiment eingerückten jungen und gewiß auch schneidigen Leutnant Ruprian nicht am Platze ist.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung..." folgen die Unterschriften der betreffenden Offiziere.

Vorsitzender: Ich habe den Herrn Bundesrat Körner von dieser Zusage in Kenntnis gesetzt. Ich konnte sie selbst ex praesidio nicht zur Verlesung bringen, weil es ja schließlich nicht möglich ist, daß irgendein Teil der Gesellschaft so unmittelbare Beziehungen zum Bundesrat unterhalten kann. Der Herr Bundesrat Körner hat seine Ausführungen im guten Glauben der Richtigkeit der Mitteilungen gemacht, die ihm übergeben worden sind. (Unruhe.) Ich bitte um Ruhe!

Nächste Sitzung: Dienstag, den 4. April, 3 Uhr nachm.

Schluß der Sitzung: 4 Uhr 15 Min. nachm.